

bw



woche.

DER STAATSANZEIGER FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Mitnahme-Gesellschaft

Mit der „Kapitalismus-Schelte“ treffen die Sozialdemokraten den Wahlkampf, aber nicht den Kern der Sache

VON ROELF BLEEKER-DOHMEN UND HERMANN STRASSER

Je hilfloser die Politik, desto lauter poltern die Politiker. Hatte der Bundeskanzler im vergangenen Jahr bei seiner Kritik an der „Mitnahme-Mentalität“ noch „den kleinen Mann“ vor Augen, so zielte SPD-Parteichef Franz Müntefering nun auf die Wirtschaftseliten, als er sie als „Heuschrecken“ des Kapitalismus bezeichnete, die „Firmen abgrasen“ und dann weiterzögen. So unterschiedlich die Adressaten, so ähnlich die Motive des Bundeskanzlers damals und seines Parteivorsitzenden heute: Sie beschwören Solidarität, wo die Gesetze des Eigennutzes längst etabliert sind. Denn eigentlich ist sie längst akzeptiert, die Gesellschaft, in der jeder nimmt, was er kriegen kann – nach der Devise: „Ich bin doch nicht blöd!“

Die SPD-Chefin von Baden-Württemberg, Ute Vogt, wollte dem Vorsitzenden der Gesamtpartei zu Hilfe eilen und rief gar zum Boykott gegen Unternehmen auf, die Arbeitsplätze abbauen. Das hat schon beim angeblichen Geschmacksboykott gegen japanische Autos in den achtziger Jahren nicht funktioniert und wird auch hier nicht funktionieren, solange die „bösen“

Unternehmen günstiger anbieten als die „guten“. Denn auch den Verbraucher interessiert weniger die Sozialverträglichkeit seines Einkaufs als der Preis. Auch er ist doch nicht blöd. In der Mitnahmegesellschaft gilt: Jeder nach seinen Möglichkeiten, seien es die Steuervorteile für Unternehmen oder das Einstreichen der „vollen Stütze“ durch Arbeitslose mit finanziellen Rücklagen. Der Finanzwissenschaftler Günter Schmolders hat schon vor Jahrzehnten nachgewiesen, dass die Menschen gerade dem Staat gegenüber wenig Skrupel hätten, sich zu holen, was ihnen ihrer Meinung nach zustehe. Ein gravierender Unterschied zwischen der Mitnahme-Mentalität von Managern und Empfängern von Sozialleistungen besteht freilich in ihren Möglichkeiten, nach dem „Abgrasen“ weiterzuziehen. Insofern wäre man fehlgeleitet, das Prinzip des Sozial- und Steuerstaates zu missbrauchen oder gar mit einem marktwirtschaftlichen Investitionsmodell zu verwechseln, handelt es sich doch um eine gemeinschaftliche Absicherung für den Notfall – basierend auf einer Art gesellschaftlicher Umwegrentabilität. Wenn jeder

glaubt, aus diesem Gemeinschaftstopf die Summe (oder noch mehr) herausholen zu müssen, die er einmal hineingesteckt hat, funktioniert auch das Solidarprinzip nicht mehr. So müssen am Ende alle mehr in den Topf hineingeben und so bleibt vom durchschnittlichen Bruttolohn heute nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben nur mehr 65,2 Prozent übrig gegenüber 84,2 Prozent zu Beginn der 1960er-Jahre. Auch wenn jetzt die Politik die Sozialsysteme zunehmend zurückschneidet, bleiben die Proteste nicht aus: Dolchstoß der deutschen Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts versus Tropfen auf den heißen Stein.

Aber die Zivilgesellschaft insgesamt kommt zu Schaden, wenn Freiheit ohne Verantwortung für die Gemeinschaft zur Worthülse verkommt. Daran wiederum sind auch Vertreter der Wirtschaftseliten wie Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, mitschuldig – orientiert sich doch die Mentalität der Bürger, alles mitzunehmen, was möglich ist, auch am Verhalten der als „Raffkes“ und nun als „Heuschrecken“ kritisierten Spitzenmanager,

die im Verein mit ihren Aufsichtsräten sich selbst bedienen. Viele von ihnen lassen jedes Gespür für das Verhältnis von Leistung und Entgelt vermissen, führen aber ständig das Wort von der Leistungsgesellschaft im Mund und demonstrieren nicht selten mit scheinbar leichter Hand unter der Aura weltweit agierender Unternehmen, wie Produktionen verlagert, Arbeitsplätze vernichtet und unten gespart, aber oben belohnt wird. Die Tage scheinen gezählt, als Wirtschaftseliten noch als Vorbilder für Risikobereitschaft und den Mut, neue Wege aufzuzeigen, galten und vor Jahrzehnten von Joseph A. Schumpeter beschrieben wurden. An der Wand hängt das Schreckensbild des Managers der Gegenwart, der für unternehmerisches Risiko zwar nicht haftet, aber nicht selten sein Einkommen und seine Privilegien über den Arbeitstag hinaus selbst bestimmt.

Die Äußerungen Franz Münteferings und Gerhard Schröders bleiben freilich bloße Rhetorik, wenn die Politik nicht in der Lage ist, selbst für klare und legitime Rahmenbedingungen zu sorgen. Vielmehr scheinen sie sich mit den als

„Heuschrecken“ beschimpften Wirtschaftseliten einig, mit Hilfe der „unvermeidbaren Globalisierung“ und des „sich verschärfenden Wettbewerbs“ im Gleichschritt mit den Unternehmen ihre Politik als Sachzwang darzustellen und Ansprüche effektiv abzuschmettern.

Nicht zuletzt trägt die Unüberschaubarkeit der staatlichen Förderungen und Forderungen ihren Teil zur „Mitnahme-Mentalität“ in allen Schichten ebenso bei wie der grassierende Lobbyismus und das komplizierte Steuerrecht mit seinen zahlreichen „Schlupflöchern“. Während Müntefering poltert, senkt die Bundesregierung den Körperschaftsteuersatz für Unternehmen von 25 auf 19 Prozent. Immerhin ergab eine Infratest dimap-Umfrage, dass knapp drei Viertel der Befragten Münteferings „Kapitalismus-Schelte“ als „Wahlkampfaktik“ betrachteten. Sie sind tatsächlich nicht blöd.

Roelf Bleeker-Dohmen ist Journalist und Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen, Dr. Hermann Strasser ist dort Professor für Soziologie.